

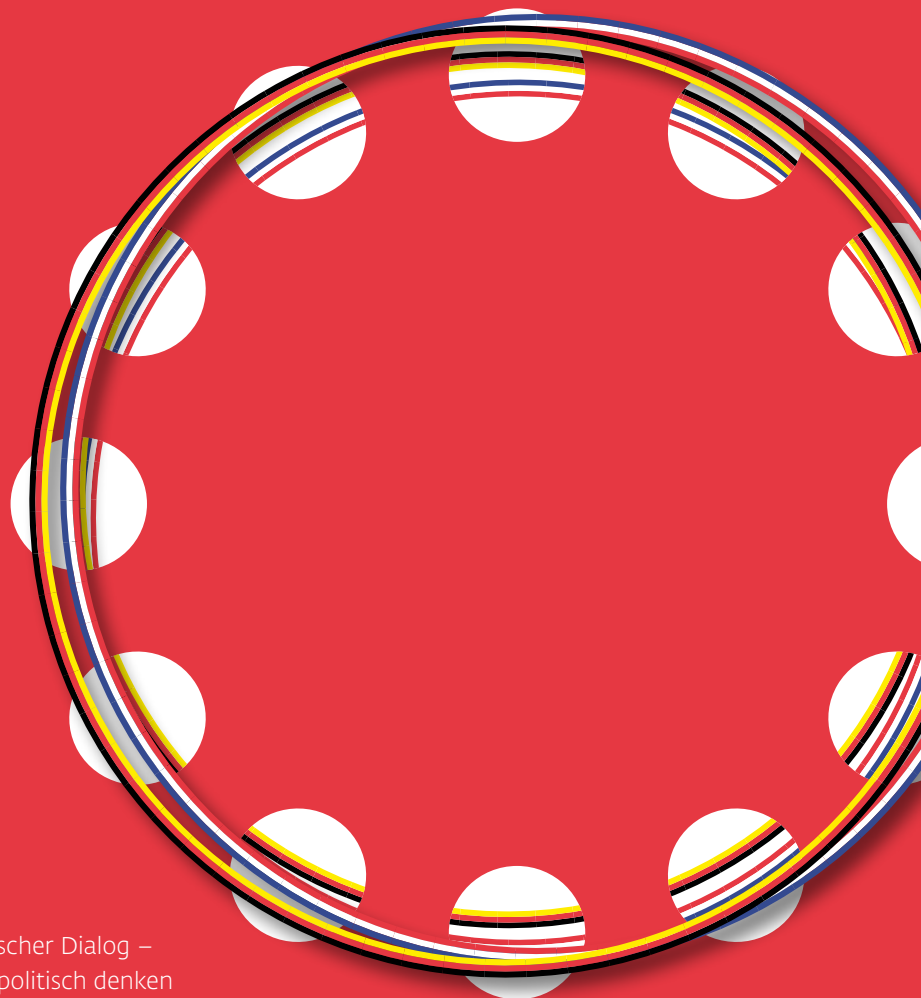
**Genshagener
Papiere**

N° 17

Januar 2016

Philippe Gustin
Stephan Martens

**Deutschland und
Frankreich**
Der Neustart des
europäischen Motors



Inhalt

Zusammenfassung/Résumé/Abstract	2
Einführung	4
I. Zunehmendes Spaltungsrisiko	6
1. Das Traumbild eines »Paars«	6
2. Das französische »Nein« beim Referendum von 2005	8
3. Die Rückkehr zum nationalen Moment	10
4. Divergenzen und wirtschaftliche Loslösung	11
II. Engverbundene Schicksale	14
1. Unterschiede, aber eine einzigartige Wechselbeziehung	14
2. Eine alternativlose Partnerschaft	16
3. Die Verantwortung des deutsch-französischen Tandems in Europa	18
III. Acht konkrete Maßnahmen zum Neustart des »deutsch-französischen« Paars	20
Schlussfolgerung	26
Über die Autoren	27

Zusammenfassung Frankreich-Deutschland. Der Neustart des europäischen Motors

DE

Die Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland war noch nie eine Selbstverständlichkeit. Die deutsch-französische Partnerschaft war kein Ausdruck einer unwiderstehlichen gegenseitigen Anziehung, sondern eine rationale Notwendigkeit. Heute ist das »deutsch-französische Paar« eine wichtige Konstante der Europäischen Union, da es immer ein Motor Europas war und heute noch ist. Wenn die Kritiker ihm vorwerfen, nicht modern genug zu sein und so viele Probleme zu schaffen, wie es zu lösen vorgibt, so liegt das in Wahrheit daran, dass das erweiterte Europa eine Krise durchlebt und sehr unsicher ist. So muss das deutsch-französische Tandem wie in den schwierigen Nachkriegsjahren oder in den Jahren nach dem Fall der Mauer und der deutschen Wiedervereinigung eine neue Dynamik zu Gunsten Europas finden. Nun gilt es, eine Spaltung Europas und das Ende der europäischen Idee zu vermeiden. Aber das Schlimmste kann verhindert werden, wenn die französischen und deutschen Verantwortlichen strategisch, nicht bloß politisch, handeln. Ohne Floskeln möchte dieser Essay, der keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, die Notwendigkeit starker Beziehungen zwischen dem deutschen und dem französischen Volk zu Gunsten eines prosperierenden und friedlichen Europa bestätigen.

Résumé

France-Allemagne. Relancer le moteur de l'Europe

FR

L'amitié entre la France et l'Allemagne n'a pas toujours été une évidence. Le partenariat franco-allemand n'a pas été l'expression d'une attraction irrésistible et réciproque spontanée, mais une nécessité et un choix rationnel. Aujourd'hui, le « couple franco-allemand » est une donnée fondamentale de l'Union européenne, dans le sens où il est, et a toujours été, une force d'entraînement en Europe. Si ses détracteurs lui reprochent de ne plus être adapté à la modernité et de créer autant de problèmes qu'il ne prétend en régler, c'est qu'en vérité l'Europe élargie est en crise et en proie aux incertitudes. Ainsi, tout comme dans les années difficiles de l'après-guerre ou celles qui ont suivi la chute du Rideau de fer et l'unification allemande, le tandem franco-allemand doit retrouver une dynamique au profit de l'Europe, car il s'agit désormais d'éviter le délitement de l'Union et la fin d'une certaine idée européenne. Mais le pire n'est pas fatal si les responsables français et allemands savent se montrer politiques, plus que politiciens. Sans langue de bois, cet essai, qui n'a pas la prétention d'être exhaustif, veut réaffirmer la nécessité d'un lien fort entre les peuples français et allemand au bénéfice d'une Europe prospère et pacifique.

Abstract

France-Germany. Revitalising the driving- force of Europe

EN

The friendship between France and Germany didn't always seem like a foregone conclusion. The French-German partnership didn't embody a compelling and mutual attraction, but a necessity and a rational choice. The "French-German pair" is nowadays a pillar of the European Union, in that it always played a crucial role to stimulate European cooperation. If his critics rebuke his lack of openness and adaptation towards modernity, and reproach him to cause as many problems as he solves, it's that, in very truth, the widened Europe faces a major crisis and has to deal with doubts. So, just as post-war harsh years, or the difficult years following the fall of the Iron Curtain and the German Reunification, the French-German tandem is impelled to find a dynamic that could benefit to whole Europe again, in order to spare her to fall apart, and to avoid the end of a determined idea of Europe. The worst might not be fated if German and French heads were able to act strategically, and not only as politicians. This essay, without stonewalling or pretention of completeness, would like to assert again the need of a strong relationship between French and German people, for the benefit of a prosperous and peaceful Europe.

Einführung

April 2015, Reform des Collège in Frankreich: Spricht ein Botschafter in einer großen nationalen Tageszeitung seines Herkunftslandes über seine Sorge hinsichtlich einer innenpolitischen Angelegenheit, so ist dies die Ausnahme, besonders wenn die beiden betroffenen Länder Nachbarn und Freunde sind. Dies geschah jedoch am 23. April 2015, als Susanne Wasum-Rainer, deutsche Botschafterin in Frankreich, sich in der Zeitung *Le Figaro* zur Reform des französischen Collège äußerte: »Seit dem Elysée-Vertrag im Jahr 1963 setzen sich unsere beiden Länder für den Erwerb der jeweils anderen Sprache ein, da dieser ein wesentlicher Bestandteil der Festigung unserer Annäherung ist. Dieses [Reform-] Projekt könnte nun zu einer Schwächung der Dynamik unserer bilateralen Abkommen und Projekte führen... Unsere Sprache könnte somit zu einem Kollateralopfer werden.«

Juli 2015, Höhepunkt der Griechenlandkrise: Auf BFM TV sagt Jean-Lux Mélenchon, Europaabgeordneter und Autor des deutschlandfeindlichen Pamphlets *Der Bismarckhering – Das deutsche Gift* (2015), erbarmungslos seine Meinung: »Zum dritten Mal in der Geschichte ist der Starrsinn einer deutschen Regierung gerade dabei, Europa zu zerstören.« Kurz zuvor hat er Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble »Arroganz« vorgeworfen (ein Begriff, der traditionell eher Frankreich, die »Grande Nation«, beschreibt!).

Diese Ereignisse, die fast anekdotenhaft erscheinen, zeigen jedoch die Verschlechterung der Beziehungen zwischen zwei Ländern, die seit Jahrzehnten als die »Motoren« der Europäischen Union bezeichnet werden. Wie entstand diese Situation zwischen Frankreich und Deutschland in einer Zeit, in der sich beide Länder sehr nah waren? Während Frankreich sich der deutschlandfeindlichen Welle in Europa, die ein Ergebnis der wirtschaftlichen Vormachtstellung Deutschlands in Europa ist und durch die strenge Position Deutschlands in der Griechenlandkrise weiter verstärkt wird, anschließt, versteht Deutschland diese unberechenbare

»Grande Nation« nicht mehr. Hierbei ist anzumerken, dass dieser Ausdruck in Deutschland mittlerweile aufgrund des Machtverlusts und der Reformunfähigkeit des Nachbarlandes eher spöttisch verwendet wird.

Seit 70 Jahren sind die deutsch-französischen Beziehungen von wesentlichen Etappen gekennzeichnet, während derer das Kräftegleichgewicht mehr oder weniger zwischen den beiden Ländern geachtet wurde: Von der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Unterzeichnung des Vertrags über die deutsch-französische Zusammenarbeit, auch Elysée-Vertrag genannt, am 22. Januar 1963, bis hin zur Einführung des Euro (Gegenleistung für die Wiedervereinigung Deutschlands im Jahr 1990) – Frankreich und Deutschland konnten stets einen für keines der beiden Länder nachteiligen Konsens finden. Natürlich gab es auch Missverständnisse beim »deutsch-französischen Paar«, das in Deutschland gerne als »Tandem« bezeichnet wird. Die Semantik zeigt hierbei den großen Unterschied in der Auffassung auf beiden Seiten der Grenze: Frankreich sah in der europäischen Integration eine Ausdehnung seiner Politik durch neue Möglichkeiten, während für Deutschland Europa eine Gewährleistung des Bruchs mit seiner Nazi-Vergangenheit darstellte. Frankreich verfolgte weiterhin die Illusion eines perfekten Paares mit absoluter Gleichstellung der Beteiligten; Deutschland hingegen steuerte das Tandem und zog seinen französischen Mitfahrer auf dem Weg der europäischen Integration ohne klare Linie hin und her.

Dennoch haben die deutsch-französischen Beziehungen aufgrund ihrer aussöhnenden Komponente, vor allem aber aufgrund der für die europäische Integration freigesetzten Energie (der deutsch-französische »Motor«), eine zentrale Bedeutung in Europa. Sie beruhen auf einem besonderen Vertrauen, das durch mehr als ein halbes Jahrhundert der Zusammenarbeit und der

- In den vergangenen 15 Jahren haben sich die deutsch-französischen Beziehungen nach und nach verschlechtert.

Verankerung des Dialogs zwischen den beiden Ländern auf allen Ebenen und über alle parteipolitischen Veränderungen hinaus entstand. Dieses ganz besondere Bündnis basiert auf verschiedenen Instrumenten der europäischen Institutionen, aber auch auf bilateralen Mechanismen, die zunächst durch den Elysée-Vertrag entstanden und anschließend ergänzt worden sind.

Dennoch muss man feststellen, dass diese so gut geölte Mechanik seit ca. 15 Jahren nicht mehr funktioniert. Die deutsch-französischen Beziehungen haben sich nach und nach verschlechtert. Die deutsche Wiedervereinigung sowie anschließend die EU-Erweiterungsrunden in Richtung Mittel- und Osteuropa (MOE-Staaten) in den Jahren 2004, 2007 und 2013 haben für Deutschland einen neuen Raum der geoökonomischen Präferenzen geschaffen und den Schwerpunkt der EU nach Osten verschoben. Außerdem entstand eine Kluft zwischen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Frankreichs und der Leistungsfähigkeit seiner wichtigsten europäischen Partner, in erster Linie Deutschlands, was den Graben zwischen den beiden Motoren Europas noch vertiefte. Weiter begannen die deutsch-französischen Beziehungen, ihren geschichtlichen Kontext in der Zivilgesellschaft zu verlieren. Viele Menschen haben die Kriege zwischen den beiden Ländern nicht erlebt und sehen die Beziehungen als etwas Gewöhnliches ohne besondere Bedeutung an.

Dieser Essay verfolgt drei wesentliche Ziele: eine Analyse der Teilungsfaktoren, die im Laufe der Jahre immer zahlreicher wurden, eine Erinnerung daran, dass die Schicksale Deutschlands und Frankreichs trotz allem auch heute noch eng miteinander verknüpft sind, sowie Vorschläge für konkrete Maßnahmen zur Wiederbelebung des »deutsch-französischen Paares«.



I.

Zunehmendes Spaltungsrisiko

Spannungen zwischen Deutschland und Frankreich gab es schon immer. Heute jedoch nehmen sie eine besondere Form an und treten in eine neue Phase ein. Vor der Wiedervereinigung waren die deutsch-französischen Beziehungen etwas mehr oder weniger Erzwungenes, während es sich heute um einen freiwilligen Prozess handelt. Das Gleichgewicht der Ungleichgewichte, das bis vor Kurzem zwischen Paris und Bonn bestand, ist verschwunden. Das Aufkommen einer neuen politischen Generation in beiden Ländern sollte ebenfalls nicht unterschätzt werden. Diese kennt die Traumata des Zweiten Weltkriegs nicht mehr und sieht das Verhältnis zum Nachbarn weniger emotional als die vorangegangenen Generationen. In Deutschland möchte die neue politische Generation den Stellenwert des Landes in Europa sichern. Sie ist weniger dazu bereit »zusammenzuarbeiten«, wenn dies nicht den von ihr wahrgenommenen eigenen Interessen entspricht. In einem erweiterten und durch die Finanz- und Wirtschaftskrise geschwächten Europa gibt es nun mehr Deutschland und weniger Frankreich. Dies liegt am geopolitischen Umsturz in Europa, aber auch an der wirtschaftlichen und kommerziellen »Schlagkraft« Deutschlands, dem es nach grundlegenden Reformen ab Mitte der 2000er Jahre gut geht.

1. Das Traumbild eines »Paares«

Deutschland besitzt nun aufgrund seiner neuen geopolitischen Lage eine diplomatische Rolle. Somit bedeutet die deutsche Wiedervereinigung eine Zäsur in den deutsch-französischen Beziehungen, da fast vierzig Jahre lang der europapolitische Grundentwurf Frankreichs in der (west)europäischen Integration auf der Grundlage der (west)deutsch-französischen Zusammenarbeit bestand. Zwischen den beiden »souveränen« Nachbarn stellen die politischen Divergenzen keinen Streitpunkt dar. Diese gab es immer, sie waren nur durch den Kalten Krieg bis zur historischen Wende ab 1989 verdeckt worden. François Mitterrand

war nicht gegen die Wiedervereinigung, er fuhr als letzter Staatschef am 22. Dezember 1989 nach Ostberlin, als wolle er der sterbenden Deutschen Demokratischen Republik (DDR) die letzte Ehre erweisen. Dennoch erklärte er laut der Wochenzeitung *Die Zeit* vom 8. März 1996 klar und deutlich bei einem Treffen mit George H. W. Bush, Margaret Thatcher und Michail Gorbatschow im Herbst 1995 in Colorado, dass »den Franzosen ein weiterhin geteiltes Deutschland lieber gewesen wäre«. Die europäischen Länder, vor allem Frankreich, forderten, dass die Fortschritte der europäischen Integration – besonders was die Währungspolitik anging – gleichzeitig mit der deutschen Einheit erfolgen sollten. Dies zeigt deutlich, dass die frühen Befürchtungen von François Mauriac (»Ich mag Deutschland so sehr, dass ich lieber zwei davon hätte.«) nicht auf persönliche Ängste eines Einzelnen zurückzuführen waren, sondern von einigen französischen (und ausländischen) Politikern geteilt wurden.

Die sechs Gründungsstaaten der EWG waren sich in vielen Punkten ähnlich. Moralisch teilten sie die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg und den Wunsch, dass sich die Geschichte niemals wiederholen solle. Politisch standen sie gemeinsam der Bedrohung des sowjetischen Blocks gegenüber. Wirtschaftlich befanden sie sich, trotz unterschiedlicher Entwicklungsgrade und Verwaltungsmodi, auf einem vergleichbaren Niveau. Die Bundesrepublik und Frankreich konnten eine Führungsrolle übernehmen: Frankreich als Atommacht und permanentes Mitglied im UN-Sicherheitsrat, das die europäischen Institutionen als Verstärker seines eigenen Einflusses nutzte, und (West-)Deutschland als Wirtschafts- und Handelsmacht seit Mitte der 1950er Jahre, der es jedoch zunächst nur darum ging, durch die europäischen Institutionen einen Platz in der demokratischen Gemeinschaft wiederzufinden. Zbigniew Brzezinski, ehemaliger Berater von Präsident Jimmy Carter erklärte in *Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft* (1997) deutlich das Handlungsfeld der deutsch-französischen

Zusammenarbeit: »Durch die europäische Integration möchte Frankreich die Wiedergeburt und Deutschland die Erlösung erreichen.« Das Ende des Kalten Krieges, der Fall des Eisernen Vorhangs, die Wiederverbindung Europas durch die EU-Osterweiterung – all dies veränderte das Kräfteverhältnis in der EU stark und brachte die gegensätzlichen strategischen Ansichten zu Tage: Während Frankreich von General de Gaulle bis François Mitterrand seine Macht in ganz Europa wiederfinden wollte, sah Deutschland in der europäischen Integration eine Gelegenheit, sich im Westen zu verankern, wobei Europa die Rolle des »Retters« spielte, der es von der Erinnerung an den Nazi-Horror befreite. Deutschland wollte durch Europa seinen *Sonderweg* verlassen, indem es sich in »eine von vielen« demokratischen Nationen mit starker Wirtschaft verwandelte. Frankreich hingegen definierte sich gerne als eine Nation, die »nicht wie die anderen« war, indem es sein System auf der Negierung einer erneuten Niederlage (1940) aufbaute. Somit setzte es auf die Stärkung seines Verteidigungssystems und die Entwicklung der Atombombe als Garant seiner Autonomie. Paris nutzte das Räderwerk der EU, um seine eigene Strategie der Unabhängigkeit von den Großen zu verfolgen. So ist auch zu erklären, warum General de Gaulle sehr enttäuscht war, als der Bundestag bei der Ratifizierung des Elysée-Vertrags eine Präambel verabschiedete, die besagte, dass die enge Zusammenarbeit zwischen Washington und Bonn keineswegs durch die Unterzeichnung dieses Vertrags in Frage gestellt würde.

Die Zeit nach dem Krieg war in beiden Ländern unterschiedlich geprägt und beeinflusst auch heute noch die deutsch-französischen Beziehungen. Konnten diese im Gleichgewicht sein zwischen einem Land, das sich als Wirtschaftsmacht etablierte und moralisch normierte, und einem weiteren Land, das den Kult der Größe und revolutionäre Illusionen pflegte, wie es der deutsche Philosoph Peter Sloterdijk formuliert hat? Der Vorschlag eines Bündnisses zwischen den beiden Erben des Karolingischen Reichs ist nichts Neues.

Dieser Vorschlag trug zahlreiche Namen und beschrieb verschiedene Tatsachen. Er tauchte in den 50 vergangenen Jahren immer wieder auf. Die »Freundschaft«, die von General de Gaulle und Kanzler Adenauer entwickelt wurde, folgte auf die »Brüderlichkeit«, die Robert Schuman in seiner Rede vom 9. Mai 1950 herbeigesehnt hatte. Mit dem Beginn der besonders engen Zusammenarbeit zwischen dem französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing und Bundeskanzler Helmut Schmidt wurde der Ton schließlich weicher: Deutschland und Frankreich wurden zum »Paar«, was die französische Presse sehr freute, die unermüdlich von »Flitterwochen«, »Ehekrise«, »Versöhnung« und »Streitigkeiten« in den bilateralen Beziehungen sprach. Ohne den Hintergrund zu verfälschen, hatten die zahlreichen Bezeichnungen der deutsch-französischen Beziehungen stets einen sehr starken symbolischen Wert. Aus französischer Sicht stärkte diese Symbolik die bilateralen Beziehungen. Sie barg jedoch aus deutscher Sicht gleichzeitig das Risiko des Ausbruchs einer allzu gefühlsbetonten Politik in einem Bereich, der doch eher durch die vernunftgesteuerte Kooperation zweier Staaten gekennzeichnet sein sollte. In Deutschland sprach man nicht von einem »Paar«, sondern eher von einem »Tandem« oder einer »Partnerschaft«.

Man kann natürlich vom »deutsch-französischen Paar« sprechen, aber eher als ein Bild, weniger als eine genau beschreibbare Tatsache. Ebenso kann man Bezug auf eine »internationale Gemeinschaft« nehmen, die jedoch bloß als Mythos existiert. Natürlich führen gewisse Mythen auch zu Taten. Betrachtet man die Geschichte Roms, so wurde der Mythos von Romulus und Remus schließlich zu einer Tatsache. Der Mythos des deutsch-französischen Paares kann auch eine Realität werden, auf die zurückgegriffen werden kann. Dies gilt auch für die Versuche, eine »deutsch-französische Union« zu gründen. In der Zeitschrift *L'Expansion*, in der ein Dossier mit dem Titel »France-Allemagne. Marions nous!« [»Frankreich-Deutschland. Heiraten wir!«] erschien,

konnte man am 29. November 1997 lesen: »Machen wir einen Traum wahr, um eine große Macht zu werden!«. Etwas ernsthafter war der Vorschlag des damaligen Premierministers Dominique de Villepin gemeint, der am 8. Juni 2005 in einer allgemeinen politischen Erklärung der französischen Nationalversammlung »eine Union mit Deutschland« vorschlug. Am nächsten Tag jedoch teilte ihm Béla Anda, der damalige Sprecher der Bundesregierung, mit, dass solche Projekte nicht auf der politischen Tagesordnung stünden.

Dennoch gab es einige prägende Momente: Das Foto von François Mitterrand und Kanzler Helmut Kohl Hand in Hand am 22. September 1984 am Beinhaus von Douaumont, das zu Ehren der Toten der Schlacht von Verdun erbaut wurde. Dieses Bild wurde zum Symbol der deutsch-französischen Freundschaft, nach dem Foto der Versöhnung von General de Gaulle und Kanzler Adenauer, die Seite an Seite standen bei einer Friedensmesse in der Kathedrale von Reims am 8. Juli 1962. Hinzu kam am 6. Juni 2004 die historische Umarmung von Jacques Chirac und Kanzler Schröder an der Gedenkstätte von Caen anlässlich des 60. Jahrestags der Landung der Alliierten in der Normandie, oder auch die erste gemeinsame Feier zum Gedenken an den Waffenstillstand im Ersten Weltkrieg, am Fuß des Arc de Triomphe, mit Präsident Nicolas Sarkozy und Kanzlerin Angela Merkel am 11. November 2009. Der Präsident bezeichnete damals die deutsch-französische Freundschaft als einen »Schatz«, den man »aufbewahren« und dessen »Früchte man ernten« müsse. Aber die beiden zuletzt genannten Ereignisse hatten bereits nicht mehr die gleiche Wirkung wie die ersten. Die regelmäßige Verherrlichung der ehelichen Tugenden des deutsch-französischen Paares und die Wesensverwandtschaft, die die höchsten Verantwortlichen beider Länder vereinte, nährte früher die idyllische Erzählung vom Wandel der Erbfeinde zu Freunden für die Ewigkeit. Heute jedoch gelingt es nicht mehr, eine viel nüchterne Realität durch die rosarote Brille zu sehen.

2. Das französische »Nein« beim Referendum von 2005

Das »Nein« Frankreichs im Referendum über den europäischen Verfassungsvertrag am 29. Mai 2005 stellte einen Bruch der Sichtweisen zwischen Paris und Berlin dar. Die Römischen Verträge (1957) dienten als der Grundstein der Europäischen Union vierzig Jahre lang als institutionelle Grundlage. Der Folgevertrag, der Vertrag von Maastricht (1992), galt nur fünf Jahre. Dann wurde er durch den Vertrag von Amsterdam (1997) und schließlich durch den Vertrag von Nizza (2000) geändert. Dieser war bereits von Unstimmigkeiten zwischen den Mitgliedstaaten geprägt und erschwerte das Zusammenspiel der Institutionen der Union. Das »Nein« Frankreichs im Jahr 2005 war ein Symbol des Bruchs – und ein noch schlimmerer Schock, da er aus einem Land stammte, dessen Rolle bedeutend war bei der Gründung des Europäischen Konvents unter der Leitung von Valérie Giscard d'Estaing. Diese Zurückweisung nach einer Ratifizierung mit großer Mehrheit im Deutschen Bundestag am 12. Mai 2005 kündigte das Ende einer bestimmten Auffassung des deutsch-französischen Paares an und wirkte sich deutlich auf die weitere deutsch-französische Zusammenarbeit aus: Zum ersten Mal seit 1952, als die EGKS gegründet wurde, hatten beide Länder völlig unterschiedliche Ansichten zur weiteren Gestaltung der europäischen Integration, das heißt zu ihrer gemeinsamen Aufgabe seit Beginn ihrer Aussöhnung und der Entwicklung ihrer besonderen Beziehung.

Natürlich ist die Aussagekraft der Ergebnisse des Referendums nicht eindeutig. (Auf welche Frage antworteten die Franzosen wirklich: Hinsichtlich des Textes selbst oder hinsichtlich der Politiker, die ihn vertraten?) Die beiden Lager des »Ja« und des »Nein« waren nicht homogen, und die wahre Meinung der Bevölkerung zur Zukunft der europäischen Integration zeigt sich im Wahlergebnis wohl nur teilweise.

● Das »Nein« Frankreichs im Referendum über den europäischen Verfassungsvertrag am 29. Mai 2005 stellte einen Bruch der Sichtweisen zwischen Paris und Berlin dar.

Außerdem kann man daran zweifeln, dass die deutsche Antwort, die im Bundestag fast einstimmig war, dies auch gewesen wäre, wenn die Regierung nicht das Parlament, sondern direkt die Bevölkerung befragt hätte. Das Ausmaß der »Katastrophe«, die, wie es die Presse am Tag nach dem »Nein« Frankreichs darstellte, eine Belastung für die deutsch-französischen Beziehungen darstellte, muss somit mit Vorsicht bewertet werden. Die EU wurde jedoch auf der institutionellen Ebene blockiert, bis es zur Mini-mallösung des Vertrags von Lissabon (2007) kam. Hinzu kamen die Anstrengungen von Präsident Sarkozy und Kanzlerin Merkel, als die EU 2004 zehn neue Staaten und 2007 zwei weitere aufnahm, was den Zusammenhalt der Union auf eine harte Probe stellte. Diese Staaten waren schließlich in erster Linie am wirtschaftlichen Wiederaufbau interessiert und nicht begeistert von der Idee, Teile ihrer nationalen Souveränität (die sie nach Zusammenbruch der Sowjetunion gerade erst wieder erlangt hatten) zu Gunsten einer größeren politischen Struktur abzugeben.

In diesem Zusammenhang sowie zur Eindämmung der Kräfte, die Europa zu zerreißen drohten, wurden ab 2003, anlässlich des 40. Jahrestags des Elysée-Vertrags, Vorschläge für die Gründung einer »deutsch-französischen Union« unterbreitet. Sie folgten dem gemeinsamen Aufruf von Pascal Lamy und Günter Verheugen, die damals EU-Kommissare waren, in *Libération* und der *Berliner Zeitung* am 21. Januar 2003. Die zwei Kommissare schlugen vor, Deutschland und Frankreich zu einem Staatenbund zu vereinigen, sie forderten gemeinsame Regierungsinstitutionen für beide Länder. Berlin und Paris sollten künftig eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik sowie eine einheitliche Finanzpolitik anstreben. Die Vorschläge wurden aber nicht weiterverfolgt und riefen keinerlei Reaktionen hervor. Einige Jahre zuvor, am 1. September 1994, hatte es bereits einen Vorschlag in Richtung einer kerneuropäischen Föderation als

Integrationslokomotive gegeben: Wolfgang Schäuble und Karl Lamers, damals jeweils Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag bzw. außenpolitischer Sprecher der Unionsfraktion, veröffentlichten ein Dokument mit dem Titel *Überlegungen zur europäischen Politik*. Dieser Text hob eine Schwierigkeit bei der Entwicklung der EU hervor, die mit den Herausforderungen der künftigen Vertiefung und Erweiterung konfrontiert wurde. Er sprach aber auch vom Fehlen eines stabilen europäischen Rahmens, was dazu führen könne, dass das wiedervereinigte Deutschland in eine unbequeme Lage auf einem Kontinent geraten könne, der bedingt durch ein politisches Vakuum instabil geworden sei. Das Dokument sprach von einem »harten Kern« mit Vorreiterrolle, der durch das föderale Modell inspiriert wurde, dies jedoch nicht nachahmen würde. Das Ziel dieses Ansatzes war die Stärkung des institutionellen Rahmens der EU. Dieser könne aus den fünf Gründerstaaten bestehen (was damals den Versuch bedeutete, die Einheitswährung auf Frankreich, Deutschland und die Benelux-Staaten zu beschränken und Italien auszuschließen). In dieser Struktur wären Deutschland und Frankreich das Herzstück des »harten Kerns« und würden den anderen den Weg ebnen dank eines guten Integrationsniveaus und ihrer guten bilateralen Beziehungen. Diese Länder sollten »gemeinsam erkennbar gemeinschaftsorientierter handeln« als andere. Allerdings forderte das Papier keine formelle Institutionalisierung der Kerneuropastaaten. Schon damals jedoch rief das Projekt auf französischer Seite kaum Reaktionen hervor.

Dies war auch bei dem sechs Jahre später, am 12. Mai 2000, von Außenminister Joschka Fischer vorgeschlagenen Projekt eines »Gravitationszentrums« der Fall. Er stellte dieses bei einem Vortrag an der Humboldt-Universität in Berlin zum Thema *Vom Staatenverbund zur Föderation. Gedanken über die Finalität der europäischen Integration* vor. Nur Präsident Jacques Chirac schlug bei seiner Europarede am 27. Juni 2000 im Bundestag

eine »Gruppe von Pionieren« mit denjenigen Mitgliedern der EU vor, die »weiter oder schneller« voranschreiten wollten. Diese Asymmetrie zeugte von einer Umkehr des politischen Kräfteverhältnisses sowie von einem größeren Handlungsspielraum Deutschlands: Paris versuchte nach der Osterweiterung eine starke Identität Westeuropas auf der Grundlage einer stärkeren deutsch-französischen Zusammenarbeit aufrecht zu erhalten. Berlin hingegen wollte vor allem die Vereinigung Europas voranbringen und seine traditionellen Beziehungen zu den Nachbarn im Osten wiederbeleben.

3. Die Rückkehr zum nationalen Moment

Im Anschluss an das Schäuble-Lamers-Papier aus dem Jahr 1994 schlug Joschka Fischer in seiner Humboldt-Rede ein Europa mit föderaler Struktur vor, in dem die Nationalstaaten sich jedoch nicht auflösen müssten. Diese Vorschläge drückten eine bestimmte deutsche Vision der Zukunft Europas auf der Grundlage von Recht und Regeln aus, weshalb die Europäische Verfassung, eine Art europäisches Grundgesetz, so wichtig war. Sie beruhte auf den Grundlagen der Parlamentskultur (Politisierung der Kommission, gestützt auf eine Mehrheit im Parlament) und des Föderalismusprinzips (vertikale Verteilung der Kompetenzen nach dem Subsidiaritätsprinzip). Die Vorschläge hatten einen gemeinsamen Rahmen zum Ziel, in dem sich Deutschland mit den Besonderheiten seines politischen Systems hätte entfalten können. Dies hätte gleichzeitig zur Einschränkung der finanziellen Solidarität unter den EU-Ländern sowie zur Stärkung der Rolle Europas in der Außen- und Sicherheitspolitik geführt.

Die Ideen Frankreichs zu Europa waren ebenfalls oft mehrdeutig, da sie europäische Ambitionen einerseits

und Zögern im Hinblick auf die europäische Integration andererseits vermischten. Es galt der Slogan »Faire l'Europe, sans défaire la France« [»Europa aufbauen, ohne Frankreich aufzugeben«], der bereits von Georges Bidault, dem damaligen französischen Außenminister, am 9. März 1953 in Straßburg ausgesprochen wurde. Lionel Jospin griff ihn als Premierminister am 29. Mai 2001 in einer Rede auf, in der er sich für eine Union basierend auf einer »Europäischen Föderation der Nationalstaaten« aussprach. Diese Idee war 1994 von Jacques Delors, dem damaligen Präsidenten der EU-Kommission, erstmals formuliert worden. Ferner entwickelte sich in Frankreich immer wieder Widerstand gegenüber zentralen Integrationsprojekten wie der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG), die 1954 von der französischen Nationalversammlung, oder dem Europäischen Verfassungsvertrag, der 2005 per Referendum abgelehnt wurde.

Für Frankreich bedeutet also die föderale Idee eine Flucht nach vorne in ein postnationales Europa der Regionen und ist mit der Sorge verbunden, dass sich Frankreich darin auflösen könnte. Deutschland hingegen scheint jedoch ebenfalls nicht dazu bereit zu sein, die föderale Logik bis zur äußersten Konsequenz zu treiben, da es befürchtet, auf europäischer Ebene in eine Rolle zu geraten, die der eines Bundeslandes auf deutscher Ebene vergleichbar wäre. Die Normalisierung der deutschen Politik zeigt sich in der graduellen Annahme eines »gewöhnlichen« politischen und diplomatischen Wegs durch die deutsche Politik – die sich in dieser Hinsicht ihren europäischen Partnern anschließt. Nach und nach wurde sich Berlin der politischen Folgen der Wiedervereinigung bewusst und lernte in internationalen Angelegenheiten dazu. Die traditionelle multilaterale Logik deutscher Europa- und Außenpolitik wurde durch eine Renaissance der nationalen Logik ergänzt. Die Idee eines »postnationalen« Deutschlands auf der Grundlage des Verfassungspatriotismus, wie er vom Soziologen Jürgen Habermas verkündet worden war, entsprach nicht mehr der

- Die Deutschen sind zu »Gelegenheits-Europäern« geworden, die einerseits den Prozess der europäischen Integration fördern und andererseits deutsche Interessen besser vertreten wollen.

Lage des zeitgenössischen Deutschlands, das durch die Wiedervereinigung laut dem Historiker Heinrich August Winkler zu einem »demokratischen postklassischen Nationalstaat wie alle anderen auch« geworden war. Das Prinzip eines Europa im Dienste der nationalen Interessen und nicht eines übergeordneten Ziels verbreitete sich nun in der ganzen Europäischen Union. Deutschland passte sich nur seinen Partnern an, wenn es die Europapolitik klar mit der Verteidigung seiner eigenen Interessen identifizierte. Ohne Europa den Rücken kehren zu wollen, ist die »Berliner Republik«, verglichen mit der friedlichen »Bonner Republik«, nicht mehr dazu bereit, sich Europa um jeden Preis hinzugeben: Sie geht den Weg der europäischen Integration in Bereichen wie der Außenpolitik oder der Haushaltsdisziplin, aber sie weigert sich, dies in der Wirtschaftspolitik oder der Finanzierung der EU zu tun. Die Deutschen sind zu »Gelegenheits-Europäern« geworden, die einerseits den Prozess der europäischen Integration fördern und andererseits deutsche Interessen besser vertreten wollen.

Die Vision Europas entwickelte sich weiter, und nach der Fischer-Rede verblassten die deutschen Ideen eines supranationalen Europa. Die heiliggesprochene europäische Integration wurde schwächer. Auf der Botschafterkonferenz in Paris am 27. August 1998 erklärte Außenminister Hubert Védrine, dass das wiedervereinigte Deutschland »seine Position ohne Komplexe verteidigt«, nicht weil es weniger europäisch geworden wäre, »sondern weil es wie Frankreich ist: Es übertreibt es nicht mehr.« Anders gesagt: »Deutschland hat aufgehört, der Dumme in der europäischen Familie zu sein«, wie es Peter Sloterdijk am 16. Oktober 2008 in *Le Point* provokativ formulierte. So konnten es die Deutschen kaum glauben, als Staatspräsident François Hollande nach dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Eurozone zum Thema Griechenland am 12. und 13. Juli 2015 seinem Wunsch nach Gründung einer »Regierung der Eurozone« und nach Schaffung eines »eigenen Haushalts« Ausdruck verlieh. Sie hatten seit

dem »Nein« Frankreichs im Referendum von 2005 nicht geglaubt, dass ihre französischen Amtskollegen erneut eine Änderung der Verträge (mit anschließend notwendiger Ratifizierung) vorschlagen würden. Wenn eine weiter vertiefte europäische Integration eine weitere Abtretung von Souveränität bedeuten würde, dann bedeutet sie aus französischer Sicht auch eine gemeinsame Übernahme von Risiken – und nichts deutet darauf hin, dass Deutschland dies akzeptieren würde.

4. Divergenzen und wirtschaftliche Abkoppelung

Paris und Berlin tun sich schwer damit, eine gemeinsame Konzeption einer europäischen Wirtschaftsregierung zu finden, denn der Begriff »gouvernement économique« hat starke Bezüge zu Etatismus und Dirigismus. Die Deutschen fürchten, dass diejenigen, die eine solche Regierung fordern, in Wirklichkeit eine Gegenmacht zur Europäischen Zentralbank (EZB) aufbauen wollen. Die deutsch-französische Vereinbarung jedoch, die der Gründung der Währungsunion zugrunde lag, sah die Achtung der deutschen Doktrin von Unabhängigkeit und Autorität der Währungsbehörde vor. Es gibt in dieser deutsch-französischen Debatte viel gegenseitiges Unverständnis aufgrund gegenseitig unterstellter Absichten, aber auch aufgrund semantischer Unklarheiten.

Als die Bundestagsabgeordneten von CDU/CSU in einem Dokument vom 16. September 1997 über *Die Europäische Währungsunion. Deutschlands Interesse und Verantwortung* davon sprachen, dass die soziale Marktwirtschaft angesichts ihres Erfolgs einen »wesentlichen Beitrag zur zukünftigen Gestalt Europas liefern« solle, und dass »die stärkste Volkswirtschaft« eine »Leitfunktion« habe, vermittelten sie den Eindruck, ihren Partnern das deutsche Modell aufzwingen zu wollen. Jacques Chirac rief Frankreich nach seinem ersten

Wahlsieg als Präsident am 7. Mai 1995 dazu auf, »wieder ein Leuchtturm für alle Völker Europas zu werden«, da »dies seine Bestimmung sei«. Aber diese Episoden des Kräftemessens sollten nicht überbewertet werden. Im Vordergrund stehen vielmehr die Missverständnisse und das Misstrauen, die sich seit den 1990er Jahren entwickelt haben und bis heute andauern. Die starken Unstimmigkeiten zwischen Deutschland und Frankreich im Zusammenhang mit der Anerkennung Kroatiens und Sloweniens Ende 1991 schürten die Angst vor einem hegemonialen Deutschland, das sich anschickt, Mitteleuropa zu erobern. Der französische Ärger angesichts des deutschen Drucks hinsichtlich der EU-Osterweiterung ging 1994 so weit, dass der französische Botschafter François Scheer am 18. März von Außenminister Kinkel ins Ministerium einbestellt wurde, nachdem er sich in der Presse über die angeblich arrogante Einstellung der deutschen Verhandlungen beklagt hatte. Dies war ein außergewöhnlicher Vorgang, der normalerweise nur Vertretern autoritärer Regime vorbehalten war.

Deutliche Spannungen zwischen Frankreich und Deutschland waren 1995 sichtbar, als Chirac Atomversuche im Pazifik startete. 1999 wurde Bundeskanzler Schröder bei den Verhandlungen über die finanzielle Vorausschau der EU hart mit den Forderungen von Präsident Chirac zur Gemeinsamen Agrarpolitik konfrontiert. Beim Europäischen Rat in Nizza im Jahr 2000 scheiterten die Verhandlungen zur Vorbereitung der EU auf die Ost-Erweiterung und endeten mit einer unvollständigen Reform der EU-Institutionen. Hier wurde der französische Präsident beschuldigt, er habe Deutschland ohne wirkliche Gegenleistung eine stärkere Vertretung im Europäischen Parlament zugestanden. Die Unstimmigkeiten nahmen auch in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu: Es gab keine Abstimmung bei der Abschaffung des Militärdienstes in Frankreich im Jahr 1996 und keine Reaktion auf die deutschen Vorschläge einer »europäischen Armee« in den 2000er Jahren. Deutschland wählte

weiterhin (gewiss aus guten historischen Gründen) die militärische Zurückhaltung und einen multilateralen Ansatz. Zwar nahm es (mit Einschränkungen) an den Einsätzen auf dem Balkan und in Afghanistan teil, weigerte sich jedoch 2011, in Libyen einzuschreiten. Indem Angela Merkel 2008 europäische Einbindung und die Wahrung deutscher Interessen kombinierte, bestand sie darauf, nicht vom Projekt der Union für das Mittelmeer (UfM), das von Nicolas Sarkozy ins Leben gerufen worden war, ausgeschlossen zu werden. Außerdem legte sie strenge Bedingungen für die Solidarität Deutschlands in der Staatsschuldenkrise 2010/11 fest: Als Gegenleistung zur finanziellen Solidarität setzte sich die Kanzlerin für die Stärkung der Haushalts-Orthodoxie und einer nicht verhandelbaren »Stabilitätskultur« ein, zum großen Missfallen der französischen Entscheidungsträger, welche die Austeritätspolitik, die in Europa, und besonders in Griechenland, angewendet wurde, kritisierten.

Man vergisst nur zu gerne, dass Deutschland beträchtliche Anstrengungen unternommen hat, um die wirtschaftliche und gesellschaftliche Wiedervereinigung zu bewerkstelligen, die immer noch eine große Belastung darstellt. Der Betrag, der an öffentlichen Mitteln in die neuen Bundesländer floss, betrug über 25 Jahre mehr als 2.000 Milliarden Euro, das heißt mehr als vier Jahresbudgets des französischen Staats. Der Vertrag von Maastricht, der die Schaffung des Euro ermöglichte, war von deutscher Seite aus nur unter bestimmten Bedingungen möglich. Deutschland konnte die Deutsche Mark (das einzig wahre Symbol einer gelungenen Nachkriegszeit) nur aufgeben, weil die Unabhängigkeit der EZB garantiert wurde. Die Mitgliedstaaten mussten für ihre Konten und Schulden verantwortlich sein und die Konvergenzkriterien für alle gelten. Im Gegenzug musste Deutschland unter denselben Bedingungen die Wiedervereinigung des Landes realisieren. Die Anstrengungen von deutscher Seite unter Helmut Kohl, aber besonders seit der Umsetzung drastischer Strukturereformen im Jahr 2003

● Zusammenarbeit entsteht, indem man lernt, die Gegensätze zu überwinden.

im Rahmen der »Agenda 2010« von Bundeskanzler Schröder, die von Angela Merkel fortgeführt wurden, waren enorm: die Verlängerung der Arbeitszeit, die Reduzierung des Arbeitslosengelds, die Anhebung des Renteneintrittsalters, die Reduzierung der Lohnkosten sowie eine strenge Begrenzung der Staatsschulden. Deutschland muss angesichts des starken industriellen Sektors und des Bevölkerungsrückgangs auf den Exportwirtschaft setzen, es hat keine Alternative zur Sicherung des Wohnstands. Die europäischen Partner Deutschlands, in erster Linie Frankreich, bezeichnen die Exportorientierung der deutschen Wirtschaft als egoistisch, da sie sich negativ auf die Gehälter und damit den Konsum in Europa auswirke. Frankreich versuchte zehn Jahre lang (1992–2003), sich dem deutschen Wettbewerbs- und Exportmodell anzupassen. Es konnte schließlich ein Gleichgewicht, gar einen Überschuss in seiner Handelsbilanz erzielen, hat jedoch danach wieder zu viel verloren. Diese Unterschiede zwischen den beiden Ländern führten zu politischen Spannungen. Während sich die Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt verbesserte (mit einer Arbeitslosenquote von 4,7% im Jahr 2015), wurde sie auf dem französischen Arbeitsmarkt (mit mehr als 10,5%) schlechter. Hier schafft man seit Jahren subventionierte Arbeitsplätze, um zu versuchen, die Arbeitslosenstatistik zu verbessern. Außerdem liegt die Wettbewerbsfähigkeit immer noch 25% unter dem deutschen Ergebnis. Die politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen in Deutschland, die vom Machtgewinn Chinas und den Herausforderungen der Globalisierung zugleich fasziniert und beunruhigt sind, haben häufig den Eindruck, dass ihre französischen Partner gar nicht so recht erfassen, was auf dem Spiel steht. Für sie befindet sich Europa in einem Wettrennen um Wettbewerbsfähigkeit und Innovation, wenn es sein Sozialmodell und seine freiheitlichen Grundwerte bewahren möchte. Sie sehen daher mit Sorge, wie schwer sich Frankreich mit Strukturreformen tut, die in Berlin als unausweichlich erachtet werden, wenn Frankreich seine wirtschaftliche Abkoppelung von Deutschland verhindern will.

Krisen, Divergenzen und Zusammenarbeit waren jedoch immer eng miteinander verknüpft und trugen zum Aufbau und zur Dynamik des deutsch-französischen Tandems bei. Die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland funktioniert auch dank der Divergenzen, die bestehen. Zusammenarbeit entsteht, indem man lernt, die Gegensätze zu überwinden.



II. Engverbundene Schicksale

Politische und wirtschaftliche Elemente formen und »zwingen« die deutsch-französische Partnerschaft dazu zu funktionieren, zum Beispiel hinsichtlich der neuen sicherheitspolitischen Bedrohungen (sollte Deutschland seine Doktrin zur Beteiligung an internationalen Militäroperationen nicht grundlegend reformieren, wird es auch in Zukunft Frankreich brauchen) oder hinsichtlich der demografischen Herausforderung, mit der Deutschland konfrontiert ist (die Bevölkerung wird immer älter; seit 2000 werden mehr Kinder in Frankreich geboren als in Deutschland, die Differenz liegt aktuell bei über 100.000 Geburten pro Jahr). Deutschland braucht schon heute Arbeitsmigranten – unter anderem aus Frankreich.

Ob man es nun wünscht oder nicht – die deutsch-französische Partnerschaft wird weiterhin ein zentrales Element europäischer Politik bleiben. Frankreich und Deutschland machen mit 66 bzw. 81 Millionen Einwohnern nur 2% der Weltbevölkerung aus. Dies entspricht der Einwohnerzahl einer mittelgroßen chinesischen Provinz. Gemeinsam stellen sie jedoch eine unmöglich zu ignorierende kritische Masse dar: Mit 30% der EU-Bevölkerung, mit 55% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der EU (40% des BIP der Eurozone) machen die beiden Staaten 7% des weltweiten BIP aus und stehen für fast 17% der Exporte weltweit. Der Einfluss des deutsch-französischen Paares auf den Fortschritt der europäischen Integration stellt eine der allgemein akzeptierten Charakteristiken dieser Integration dar. Es gibt kein anderes politisches Bündnis, das diese Rolle übernehmen könnte. Paris und Berlin besitzen einen Vorteil: die Fähigkeit, trotz zunächst weit auseinander liegender Haltungen gemeinsame Positionen zu erarbeiten und dabei nach Lösungen zu suchen, die für alle Europäer annehmbar sind. Grundsätzlich gilt, dass nur ein Kompromiss zwischen Deutschland und Frankreich den europäischen Partnern Fortschritte ermöglicht.

1. Unterschiede, aber eine einzigartige Wechselbeziehung

Aus historisch-politischer Sicht gibt es keine gegensätzlicheren Länder als Frankreich und Deutschland. Der unterschiedliche Ursprung der beiden Staaten drückt sich nicht nur in der zeitlichen Dimension aus (vorzeitige Vereinigung *versus* verspätete Vereinigung), sondern auch in der institutionellen Struktur und der administrativen Verwaltung (Zentralismus *versus* Föderalismus). Die beiden Länder haben auch unterschiedliche Mentalitäten und Kulturen (lateinisch *versus* nordisch, Individualismus *versus* Gemeinschaft, Voluntarismus *versus* Regelbeachtung, egalitärer Kern *versus* Abstammung, etc.). Sie haben unterschiedliche geschichtliche Bezüge (»Grandeur« *versus* »Schuld«) und sind sogar in ihrer geoökonomischen Grundausrichtung verschieden (Mittelmeerraum und Afrika *versus* Osteuropa). Die intellektuellen Beziehungen waren jahrhundertlang geprägt vom Konkurrenzgedanken und von gegensätzlichen Denkweisen. Diese Tatsache hat jedoch nichts mit der These der »Erbfeindschaft« zu tun: Die traditionellen Gegenpole zu Frankreich waren vom Mittelalter bis zur Neuzeit Großbritannien und das Reich der Habsburger. Der deutsch-französische Gegensatz entwickelte sich erst ab dem 19. Jahrhundert nach dem Aufstieg Preußens im Zusammenhang mit dessen Strategie zur Vereinigung Deutschlands und mit den deutschen Reminiszenzen an die Expansionsstrategie von Ludwig XIV. und die Kriege Napoleons. Der Krieg von 1870 führte zum ersten Aufeinanderprallen von Deutschland und Frankreich und zog nachhaltigen Groll, Wut und Hass nach sich, was durch die beiden Weltkriege weiter verstärkt wurde.

Die Konflikte sind nun seit 70 Jahren überwunden, und dennoch wirken die Unterschiede weiter nach. Besonders seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs kam es zu neuen Rissen in der Beziehung. Die Wirtschaftspolitik

der »Trente glorieuses« in Frankreich passte nicht zum ordoliberalen Ansatz der deutschen sozialen Marktwirtschaft. Diese Unterschiede werden im Europäisierungsprozess relativiert, aber sie haben immer noch einen nicht zu leugnenden Einfluss auf die Diskussionen zur Zukunft Europas. Trotz all dieser Unterschiede sieht sich die Politik beiderseits des Rheins nicht daran gehindert, nach gemeinsamen Lösungen zu suchen.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs haben sich die deutsch-französischen Beziehungen »normalisiert«, sind gar nach und nach auf positive Weise »alltäglich« geworden. Die Zusammenlegung der Kohle- und Stahlindustrie hat einen neuen Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich undenkbar gemacht. Die Jahrzehnte nach dem Krieg sowie der europäische Integrationsprozess ermöglichten einen Abbau der geistigen und kulturellen Unterschiede zwischen Franzosen und Deutschen. Der permanente deutsch-französische Vergleich beinhaltet die Gefahr, dass selbst dort grundlegende Unterschiede gesehen werden, wo sich die beiden Gesellschaften in Wahrheit ähneln.

Wenn auch die deutsch-französische Partnerschaft heute manchmal schwieriger als vor 1990 zu sein scheint, wird sie doch allerdings von einer steigenden Zahl von Praktikern bestimmt, die jeden Tag und ganz selbstverständlich die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit gestalten. Hinzu kommt ein beträchtliches Netzwerk an politischen und privaten Strukturen, das durch eine gelungene Zusammenarbeit in Kultur und Bildung gefördert wird. Man muss nur an die 3.000 deutsch-französischen Städtepartnerschaften sowie an die zahlreichen Schul- und Universitätsaustauschprogramme des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW) denken.

In der französischen Bevölkerung verwischt der zeitliche Abstand zum Zweiten Weltkrieg die ehemalige Feindschaft, und die Stereotypen verlieren nach und nach ihre Bedeutung. Nach einer Umfrage des

französischen Meinungsforschungsinstituts IFOB gingen im Juni 2004 82% der befragten Franzosen davon aus, dass Deutschland ein »sicherer« oder »eher sicherer« Partner ist (verglichen mit 65% im Jahr 1994). Deutschland wurde somit als engster Verbündeter Frankreichs bezeichnet, weit vor Großbritannien (63%) und den USA (55%). Eine weitere IFOP-Umfrage von Dezember 2012 bestätigte diese Tendenz: 85% der befragten Franzosen gaben an, ein positives Bild von Deutschland zu haben (wie es umgekehrt bei 87% der Deutschen, die zu Frankreich befragt wurden, der Fall war). Diese gleiche Umfrage besagte, dass auf beiden Seiten des Rheins (89% in Frankreich, 84% in Deutschland) das Gefühl vorherrscht, dass die deutsch-französischen Beziehungen einen positiven Einfluss auf die gesamte europäische Integration haben. Eine Umfrage des Instituts Harris Interactive vom Oktober 2014 im Auftrag der Stiftung Genshagen und des Instituts Moutaigne kam hingegen zu dem Ergebnis, dass 91% der befragten Franzosen immer noch Deutschland als ihren Hauptpartner in der EU ansehen (93% im Jahr 2013). In Deutschland sind es dagegen nur 78%, die die gleiche Aussage über Frankreich treffen (81% im Jahr 2013). Die gegenseitige Sympathie wird jedoch in Deutschland von einer steigenden Skepsis gegenüber den französischen Vorstellungen von der Zukunft Europas begleitet, insbesondere mit Blick auf die Griechenlandkrise. Dennoch haben beide Partner seit den 1950er bis Mitte der 1990er Jahre kontinuierlich versucht, Wege für eine bessere Abstimmung und komplementäre Gestaltung ihrer nationalen Wirtschaftspolitiken zu finden.

Der interessanteste Aspekt ist die Reichweite der wirtschaftlichen Verflechtungen. 2014 ließen sich 2.500 deutsche Unternehmen mit 300.000 Beschäftigten in Frankreich nieder. 1.600 französische Unternehmen siedelten sich in Deutschland mit 180.000 Angestellten an. Hunderte punktueller Bündnisse entstehen jedes Jahr zwischen deutschen und französischen Unternehmen. Außerdem sind die beiden Länder füreinander der wichtigste Handelspartner: Exporte ins Nachbarland

machen 16% der Gesamtexporte Frankreichs und 9,5% der Gesamtexporte Deutschlands aus. Deutschland ist der zweitgrößte Investor in Frankreich hinsichtlich der Anzahl der Projekte und der geschaffenen Arbeitsplätze. Frankreich ist der viertgrößte ausländische Investor in Deutschland. Es gibt keine anderen zwei nationalen Volkswirtschaften in der Welt, die so eng miteinander verbunden sind wie Frankreich und Deutschland. Dennoch gibt es eine echte Konkurrenz zwischen den beiden Ländern, die sich in der Tatsache zeigt, dass die intensiven Warenströme zu 90% die gleichen Branchen betreffen, insbesondere den Automobil- und den Luftfahrtsektor.

Schließlich zwingen die Strukturierung und die Institutionalisierung der Zusammenarbeit nach der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags die französische und die deutsche Regierung dazu, sich regelmäßig in wichtigen Fragen der Außenpolitik zu konsultieren, um so weit wie möglich zu einer gemeinsamen Position zu finden. Die deutsch-französische Annäherung führte zu einem weltweit einzigartigen System und Grad von Interdependenzen zwischen zwei Staaten. Anlässlich des 25. Jahrestags des Elysée-Vertrags im Jahr 1988 wurde der Deutsch-Französische Verteidigungs- und Sicherheitsrat (DFVSR) parallel zur Einführung der Deutsch-Französischen Brigade gegründet. 1992 einigten sich Paris und Bonn auf die Errichtung eines europäischen Verteidigungscorps, des Eurocorps, an das die Brigade später angeschlossen wurde.) Auch der Deutsch-Französische Finanz- und Wirtschaftsrat (DFFWR) wurde gegründet. 1991 startete der deutsch-französische Fernsehsender »Arte« mit europäisch-kultureller Ausrichtung: Schließlich wurde zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrags im Jahr 2003 die deutsch-französische Zusammenarbeit durch die Einführung von gemeinsamen Ministerräten gestärkt. Diese ersetzen die halbjährlich stattfindenden bilateralen Gipfeltreffen. Zudem wurden Generalsekretäre für die deutsch-französische Zusammenarbeit auf Ministerialebene eingeführt.

2. Eine alternativlose Partnerschaft

Diejenigen, die in Frankreich wie auch in Deutschland nach Macht streben, stellen gerne das deutsch-französische Paar in Frage oder versuchen, sich darüber hinwegzusetzen. Sie kehren dann jedoch schnell zu einem klassischeren Ansatz zurück, denn sowohl Paris als auch Berlin verstehen schnell, dass das Schmieden neuer, alternativer Bündnisse keinerlei strategischen Mehrwert mit sich brächte.

Das anfängliche Zögern hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen den Regierungen von Jacques Chirac und Gerhard Schröder hat dies deutlich gezeigt. Diese Distanzierung wirkte wie eine punktuelle »Untreue« der Partner. Bei der Pressekonferenz anlässlich des 21. französisch-britischen Gipfels am 4. Dezember 1998 in Saint Malo plädierte Jacques Chirac für ein »starkes Bündnis« zwischen Frankreich und Großbritannien, das alleine die Entwicklung einer brauchbaren europäischen Verteidigung ermöglichen könne. Zum Einfluss dieser Annäherung auf die Beziehungen mit Deutschland erklärte der Präsident, dass sie »dort sehr wichtig bleiben, wo sie notwendig für den Aufbau Europas sind. Gleichwohl sind sie aber weder hinreichend noch exklusiv, das haben wir niemals gesagt.« Die Erklärung brach mit dem gewöhnlich verwendeten Ton. Gerhard Schröder, der gerne das Bild seines Landes in der Welt verbessern wollte, konnte an dieser bilateralen Initiative, von der er ausdrücklich ausgeschlossen wurde, nur Anstoß nehmen. Das Treffen von Saint Malo war ein wichtiger Schritt in Richtung einer europäischen Verteidigung. Eine französisch-britische »Achse«, in der einige Beobachter die logische Folge dieser Entwicklung sahen, entstand jedoch nie. Kaum sechs Monate später, beim Europäischen Gipfel von Köln am 3./4. Juni 1999, wurde das Projekt in die Leitlinien der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Europäischen Sicherheits- und Verteidi-

gungspolitik (ESVP), die später in die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) umgewandelt wurde, integriert. Deutschland nahm erneut seinen Platz als privilegierter Verbündeter Frankreichs ein. In entgegengesetzter Richtung führte Gerhard Schröder eine Störung des deutsch-französischen Verhältnisses herbei, als er seinem britischen Amtskollegen Tony Blair vorschlug, gemeinsam ein liberales Manifest zu unterzeichnen, das am 8. Juni 1999 unter dem Titel »Europe: The Third Way – Die neue Mitte« veröffentlicht wurde. Es sollte das sozialdemokratische Lager im Hinblick auf die Herausforderungen der Globalisierung reformieren. Der Parti Socialiste aus Frankreich, der wie eine veraltete Arbeiterpartei mit Strukturen aus dem 19. Jahrhundert beschrieben wurde, fühlte sich verraten. Aber auch hier ist nie eine deutsch-britische Achse im wirtschaftspolitischen Bereich entstanden.

Diese »Seitensprünge« zeigen, dass, selbst wenn sie vorübergehend die bilateralen Beziehungen destabilisiert und manchmal ernsthafte Sorgen bei den Akteuren der europäischen Integration hervorgerufen haben, sie niemals die wesentlichen Bestandteile der Zusammenarbeit wirklich in Frage gestellt haben. Nach einem schwierigen Amtsbeginn verteidigte Gerhard Schröder als erster deutscher Kanzler, der vor der französischen Nationalversammlung sprach, am 30. November 1999 die deutsch-französische Freundschaft: »Europa zählt auf Deutschland und Frankreich. Keine der großen europäischen Aufgaben ist je gelöst worden, wenn Deutschland und Frankreich sich nicht einig waren. Keines der großen europäischen Integrationsprojekte wäre jemals verwirklicht worden, hätten nicht Frankreich und Deutschland den Anstoß gegeben.«

Diese so gelobte Freundschaft fand schließlich im Ausland einen Höhepunkt bei der spektakulären »gemeinsamen Front« gegen den Irakkrieg im Winter 2002/2003. US-Außenminister Donald Rumsfeld kritisierte am 40. Jahrestag des Elysée-Vertrags am

22. Januar 2003 die Einstellung des »alten Europa« bestehend vor allem aus Frankreich und Deutschland, um anschließend insbesondere die Unterstützung von Seiten Großbritanniens und der meisten mittel- und osteuropäischen Staaten ausdrücklich zu begrüßen. Präsident Chirac und Bundeskanzler Schröder schlossen sich unterdessen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin zur (kurzlebigen) »Troika der Ablehnung« zusammen. Dies bedeutete nicht nur, dass Deutschland sich nicht mehr weigerte, sich zwischen Europa und den USA zu entscheiden, sondern zeigte auch, dass eine diplomatische deutsch-französische Strategie als Alternative zur kriegerischen Strategie von Washington möglich war, ohne die traditionellen Beziehungen zwischen den beiden Kontinenten in Frage zu stellen. In ebenso entschlossener Form zeigen heute Präsident Hollande und Kanzlerin Merkel ihren Ärger angesichts der kriegerischen Strategie Moskaus. Gemeinsam führen sie am 12. Februar 2015 nach Minsk, um Präsident Putin (und Petro Poroschenko, seinen ukrainischen Amtskollegen) dazu zu bewegen, mitten in der Krise einen Friedensplan für die Ukraine zu unterzeichnen: Paris und Berlin als Vermittler, ohne London oder Washington, in einem großen Konflikt vor den Toren der EU. Dies bestätigt noch einmal die Stabilität der deutsch-französischen Partnerschaft.

Im Jahr 2010 nahmen die Finanzminister Christine Lagarde und Wolfgang Schäuble jeweils an einem Ministerrat des anderen Landes teil. 2014 arbeiteten erstmals die Außenminister Laurent Fabius und Frank-Walter Steinmeier zusammen, ein Symbol der deutsch-französischen Freundschaft. Nachdem sie im April 2014 gemeinsam Auslandsbesuche in Georgien, Moldawien und Tunesien sowie im Oktober 2014 in Nigeria unternommen hatten, wollten die beiden Minister ihre Zusammenarbeit noch verstärken, indem sie in einigen Ländern ihre beiden Botschaften in ein gemeinsames Gebäude verlegten. Der Botschafter eines der beiden Länder sollten dann seinen Amtskollegen

- Da Franzosen und Deutsche historisch so unterschiedlich geprägt sind und so unterschiedliche Kulturen haben, können sich ihre politischen Ansichten auf konstruktive Weise gegenseitig ergänzen.

unter gewissen Bedingungen vertreten können. Es wurden zudem gemeinsame regionale Botschafterkonferenzen organisiert, nach dem Vorbild der Konferenz vom 30. März 2015 in Astana, auf der sich die französischen und deutschen Botschafter von Afghanistan, den Ländern Zentralasiens, Chinas und Russlands trafen. Ab 2004 konkretisierte sich das Zusammenspiel der diplomatischen Vertretungen erfolgreich in Almaty (Kasachstan) und in Dhaka (Bangladesch). Die deutsch-französische Konsulatszusammenarbeit in Drittstaaten, die darin bestand, Ehrenkonsuln zu ernennen, die dazu befähigt waren, beide Länder zu vertreten, war bereits in sieben Ländern umgesetzt worden.

Man sieht, dass die Qualität und Dauer der Beziehungen zwischen den beiden Ländern eher auf das Interesse und die persönliche Überzeugung der politischen Akteure als auf eine bestimmte politische Strömung zurückzuführen ist. Die besondere Beziehung, die beide Länder vereint, war durch Regierungswechsel destabilisiert, durch mehr oder weniger verkündete Affinitäten zwischen Partnern gestört und manchmal durch andere Bündnisse in Frage gestellt worden. Dennoch hatte die privilegierte Beziehung der beiden Länder eine ausreichend stabile Grundlage, um nicht von der politischen Konjunktur abzuhängen. Die Art und Entwicklung der EU machen aus der Partnerschaft zwischen den beiden Ländern ein obligatorisches Bündnis. Denkt man über eine Konstellation nach, welche die Rolle der deutsch-französischen Partnerschaft ersetzen könnte (Deutschland und Polen oder Frankreich und Italien), so vergisst man dabei, dass der Ausgangspunkt jedes europäischen Kompromisses im Überwinden der strukturierenden deutsch-französischen Interessenkonflikte besteht.

3. Die Verantwortung des deutsch-französischen Tandems in Europa

»Man darf die aktuellen Unstimmigkeiten nicht dramatisieren und einer geträumten Vergangenheit nachtrauern, die es nie wirklich gab. Die deutsch-französischen Beziehungen sind unabdingbar, aber sie sind wahrscheinlich für keinen der Partner selbstverständlich«, erklärte Bruno Le Maire, der damalige Europa-Staatssekretär im Jahr 2009 in der *Revue internationale et stratégique* (Nr. 74). Seiner Meinung nach gehe es in den deutsch-französischen Beziehungen »weniger um eine Frage der Intimität als des strategischen Interesses an einer Zusammenarbeit«. Niemals wurde ein wichtiger Schritt in der europäischen Integration getan, ohne dass diese beiden Länder durch eine gemeinsame Position dazu beigetragen hätten: Man denke nur an das Europäische Währungssystem (EWS), dessen Grundlagen von Präsident Giscard d'Estaing und Bundeskanzler Schmidt (1978) gelegt wurden, und den Vertrag von Maastricht (1992), der die Schaffung des Euro dank der Hartnäckigkeit von Präsident Mitterrand, Bundeskanzler Kohl und Kommissionspräsident Delors ermöglichte. Weitere Beispiele sind die Einigungen zwischen Präsident Chirac und Bundeskanzler Schröder in der Frage der EU-Osterweiterung und zur künftigen Haushaltsfinanzierung sowie zwischen Präsident Sarkozy und Bundeskanzlerin Merkel zum Fortbestand des Euro nach der Finanzkrise ab 2008.

Da Franzosen und Deutsche historisch so unterschiedlich geprägt sind und so unterschiedliche Kulturen haben, können sich ihre politischen Ansichten auf konstruktive Weise gegenseitig ergänzen. Die Ausgangspositionen von Frankreich und Deutschland waren zu Beginn sehr weit voneinander entfernt. Häufig spiegelt dieser erste Unterschied gleichzeitig abweichende Interessen und Wahrnehmungen wider, die alle EU-Mitgliedstaaten betreffen. Ein Kompromissvorschlag von Frankreich und Deutschland ist

somit im besten Fall ein Stellvertreterkompromiss, der anschließend von den anderen Mitgliedstaaten übernommen wird. Diese positive Dynamik der deutsch-französischen Kompromisse und des gemeinsamen Fortschritts innerhalb der EU kann jedoch nur dann Früchte tragen, wenn Frankreich und Deutschland die 26 weiteren Partnerländer nicht vor vollendete Tatsachen stellen. Wenn auch wirtschaftlich, finanziell oder diplomatisch (fast) nichts möglich ist, solange Paris und Berlin sich nicht einigen, so dürfen die beiden Hauptstädte jedoch kein Duopol in Europa bilden: Sie »dürfen nicht ihre Beziehung als eine Art Direktorium sehen, das dazu führt, dass Frankreich und Deutschland allein über Europa entscheiden«, erklärte Präsident Hollande in einem Interview gegenüber *L'Union* am 7. Juli 2012. Bereits am 25. November 1994 hatte François Mitterrand in einer Rede anlässlich der Verleihung des Deutschen Medienpreises in Baden-Baden erklärt: »Die Bekräftigung unseres guten Verhältnisses ruft Eifersucht und Verdächtigungen hervor.« Die deutsch-französischen Beziehungen könnten nur dann ihren Sinn erfüllen, wenn sie »im Dienste der europäischen Einheit« stünden.

Diese Aufgabe zu erfüllen, ist angesichts der zurzeit ungleichen wirtschaftlichen Situation beiden Ländern schwierig. Dennoch gibt es keinen anderen Weg. Außenminister Alain Juppé betonte in seiner Rede am 30. Januar 1995 anlässlich des 20. Geburtstags des Planungsstabs des französischen Außenministeriums die besondere Rolle der deutsch-französischen Beziehungen seit 1963, die in ihrer »gestalterischen Funktion und ihrer Zugkraft gegenüber den europäischen Partnern« liege.



III.

Acht konkrete Maßnahmen zum Neustart des »deutsch-französischen Paares«

Trotz ihrer starken Institutionalisierung seit 1963 haben sich die deutsch-französischen Beziehungen in den vergangenen 15 Jahren verschlechtert, besonders schnell in der letzten Zeit, was die Umsetzung neuer Maßnahmen erforderlich macht, die die Zusammenarbeit der beiden Länder stärken oder gar neu definieren.

Neupositionierung des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW) als Akteur der Aussöhnungspolitik zwischen den Ländern Europas und der Welt

Ein erstes Maßnahmenbündel geht von der bilateralen Zusammenarbeit aus. Der Elysée-Vertrag war unbestritten gleichzeitig das begründende Element und das effizienteste Werkzeug der deutsch-französischen Aussöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg. Mit der Gründung des DFJW wollten General de Gaulle und Konrad Adenauer ein starkes Signal aussenden: Sie wollten die Jugend beider Länder auffordern, die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland zu stärken, als Grundbedingung eines friedlichen Zusammenlebens in Europa. In über 50 Jahren ermöglichte das DFJW über 8,2 Millionen jungen Menschen aus Frankreich und Deutschland, sich zu treffen und die Sprache und Kultur des jeweils anderen Landes zu erlernen. Über 200.000 junge Menschen nehmen im Schnitt jedes Jahr an über 9.000 Treffen teil.

Der 2013 ausgearbeitete Orientierungsbericht 2014/16 des DFJW stellt Folgendes fest: »Das DFJW ist 50 Jahre alt und erstmals in der Situation, dass ehemalige Programmteilnehmer das Rentenalter erreicht haben. Austausch und Begegnungen zwischen beiden Ländern haben den exklusiven Charakter seit langem verloren und sind normal geworden; manche behaupten sogar, dass die Beziehungen banal seien. Und genau darin

liegt der Widerspruch: Wir können uns über diese Banalität freuen, denn wer hätte sich dies 1945 vorstellen können? Wäre es also an der Zeit, das DFJW selbst »in Rente« zu schicken? Brauchen wir eine Organisation des bilateralen Jugendaustausches in einem zunehmend multilateralen Rahmen in Europa?« Das »ungebrochene Interesse am Jugendaustausch des DFJW« beweise jedoch, »dass junge Menschen Dialog und Begegnung wollen. Die deutsche und französische Regierung haben daraus die Konsequenz gezogen und in einem erfreulichen politischen Willensakt die Regierungsbeiträge ab 2013 dauerhaft um rund zehn Prozent erhöht.«

Es ist beruhigend festzustellen, dass das DFJW trotz allem eine Rolle als »Brutkasten« der deutsch-französischen Beziehungen spielt, indem es den Austausch junger Menschen zwischen beiden Ländern in allen Bereichen fördert. Das DFJW ist eine in Frankreich und Deutschland, aber auch im Rest Europas und der Welt aufgrund seiner Arbeit der vergangenen 52 Jahre anerkannte Organisation. Der polnische Außenminister Krzysztof Skubiszewski erklärte am 18. Januar 1993 anlässlich des 30. Jahrestags des Elysée-Vertrags in Paris, dass die deutsch-französische Zusammenarbeit ein Modell der Versöhnung, besonders für Polen, in Mitteleuropa sei. Nach dem Modell des DFJW entstand im Jahr 1993 das Deutsch-Polnische Jugendwerk. Diese deutsch-französische Erfahrung im Jugendaustausch könnte auch für andere Länder von Vorteil sein, deren Völker noch immer unter den Folgen jüngerer Konflikte leiden. In diesem Kontext sieht der Orientierungsbericht 2014/16 eine neue Strategie zu trinationalen Programmen vor, die finanziell vom DFJW unterstützt oder manchmal auch in Eigenregie durchgeführt werden sollen. 15% des DFJW-Haushalts könnten den trinationalen Projekten – unter anderem für die Balkanländer – zu Gute kommen. Man könnte das Modell des DFJW auf zwei weitere europäische Länder übertragen, die weiterhin von den Spannungen aufgrund

ihrer gemeinsamen Geschichte erschüttert sind, z.B. Ungarn und Rumänien, oder auf zwei stark zerrissene Länder wie Griechenland und Mazedonien oder gar Israel und die palästinensischen Gebiete.

Beim 50. Jahrestag der Unesco in Paris am 15. November 1995 rief der rumänische Präsident Ion Iliescu bereits zu einer rumänisch-ungarischen Aussöhnung nach deutsch-französischem Modell auf. Diese Art von Zusammenarbeit könnte auch mit der Unterstützung einer europäischen Institution erfolgen (Rat, Kommission, Parlament oder Europarat).

Schaffung eines besser integrierten Bildungsmodells mit französischen Schulen in Deutschland und deutschen Schulen in Frankreich

Das Fachwissen des DFJW könnte zudem hilfreich sein, wenn es um die Zukunft der französischen Schulen in Deutschland und der deutschen Schulen in Frankreich geht. Gegenwärtig existieren 17 französische Einrichtungen, die in neun deutschen Städten Unterricht »à la française« von der Vorschule bis zum Abitur anbieten. Die Schüler dort besitzen meist beide Staatsangehörigkeiten. Diese Schulen sind das Ergebnis einer langen Geschichte und eines manchmal schwierigen Erbes, und sie sind in ihren Satzungen, ihrer Funktionsweise und ihren Finanzierungsarten sehr heterogen. Die immer größer werdende Zahl von in Deutschland lebenden Franzosen und von in Frankreich lebenden Deutschen rechtfertigt die Tatsache, dass die beiden Länder eine angemessene Antwort auf die Frage des Schulunterrichts von Kindern und Jugendlichen finden müssen. Diese besitzen oft beide Staatsangehörigkeiten und sind im Allgemeinen zweisprachig. Sie verkörpern am besten und ihr ganzes Leben lang die Realität der deutsch-französischen Beziehungen.

Das AbiBac hat sich als Abschluss der zweisprachigen Schullaufbahn bewährt, bleibt jedoch durch einen sehr literarischen Ansatz gekennzeichnet. Das exzellente deutsch-französische Geschichtsbuch wird hier als quasi obligatorisches Lehrmittel eingesetzt. Es ist ein binationales (was den Entwurf, die Inhalte und die Redaktionsteams betrifft) und ein zugleich wissenschaftliches und politisches Projekt. Es entstand aus dem seit den 1930er Jahren bestehenden Wunsch von Franzosen und Deutschen heraus, einen Dialog über die Geschichte beider Länder zu führen, und wurde von Beginn an von beiden Regierungen unterstützt. Der politische Wille, der die Umsetzung des Geschichtsbuchs möglich machte, muss mit neuem Leben erfüllt werden, um die Ausarbeitung eines breiteren Angebots an deutsch-französischen didaktischen Materialien zu erlauben, das in die beiden unterschiedlichen Bildungssysteme integriert werden kann. So können perfekt zweisprachige Schüler ausgebildet werden, die später jede Art von Studium absolvieren können. Über klassischere Ausbildungen hinaus muss an der Konvergenz der berufsbezogenen Kurzstudiengänge gearbeitet werden. Hier können die beiden Länder am meisten voneinander über das jeweils andere Bildungssystem lernen. Die betroffenen Schüler erhalten somit bessere Chancen, ihre Schulzeit für ihren künftigen Beruf zu nutzen.

Stärkung des Spracherwerbs durch Förderung der frühzeitigen Mehrsprachigkeit

Die Frage des Erwerbs der Sprache des Nachbarlands stand seit dem Elysée-Vertrag im Mittelpunkt der Bemühungen der französischen und deutschen Regierung. Das Argument ist ganz einfach: Eine gute Beziehung zwischen zwei Nachbarn, die wirtschaftlich so eng zusammenarbeiten wie kaum zwei andere Länder dieser Größe und zudem als der Motor der

europäischen Integration gelten, kann nicht nur über eine Drittsprache erfolgen. Der Schock erfolgte bereits zwischen den Jahren 1998 und 2005. Die Anzahl der deutsch lernenden Schüler im französischen Bildungssystem war um mehr als 500.000 gesunken. Ein Viertel der französischen Schüler lernte 1998 noch Deutsch, 2004 waren es nur noch 15%. Alle Spezialisten waren sich einig: Es war die Einführung der zweisprachigen Klassen im Jahr 2005, die eine Eindämmung des Rückgangs der Deutsch lernenden Schüler in Frankreich ermöglichte. Den Schülern der 6. Klasse (»Sixième«) wurde Deutschunterricht neben dem Englischunterricht angeboten. Man vermied somit, dass die Eltern zwischen diesen beiden Fremdsprachen wählen mussten. Diese zwei Sprachen erlernenden Klassen konnten eine Reihe von Schülern hervorbringen, die man später in den europäischen Klassen oder AbiBac-Abschlussklassen wiederfand.

Die Reform des Collège wird 2016 in Kraft treten, was die zwei Sprachen erlernenden Klassen erneut in Frage stellt. Schließlich würde dies zu einem mittelfristigen Wegfall des Deutschunterrichts im französischen Bildungssystem führen, mit Ausnahme von Elsass-Lothringen, wo Deutsch als Regionalsprache überleben soll. Durch den Wegfall dieser zwei Sprachen erlernenden Klassen bricht Frankreich die Vereinbarungen des Elysée-Vertrags, die in den Schlussfolgerungen des deutsch-französischen Ministerrats vom 22. Januar 2013 nochmals bekräftigt worden sind. Man könnte auch darauf wetten, dass die deutsche Regierung, die viel in die Unterstützung des Französischunterrichts, besonders in den nicht grenznahen Bundesländern, investiert hat, sich nun von dieser Verpflichtung befreit fühlen wird. Die Anzahl der deutschen Schüler, die Französisch lernen, blieb im letzten Jahrzehnt stabil, wird nun aber in den kommenden Jahren ebenfalls zurückgehen. Wie soll man nicht rebellieren gegen die Aussicht einer »stummen« Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich, einer »Ehe« ohne Neugier?! Neben dem Mangel an Sprachkompetenz zeigen

regelmäßig bei großen deutschen und französischen Konzernen durchgeführte Studien, dass der Mangel an »interkultureller Kompetenz« Schwierigkeiten beim Verstehen der Kultur des Nachbarlands verursacht. Selbst in der mongolischen Steppe spricht man Deutsch – fast 2% der mongolischen Bevölkerung ist dieser Sprache mächtig (was auf die Zeit zurückzuführen ist, als das Land mit seinem Bruderland DDR zusammenarbeitete). Das sind die meisten nach Österreich und der Schweiz – und in Frankreich könnte Deutsch nun zu einer seltenen, gar exotischen Sprache werden!

Diese französische Entscheidung wird die deutsch-französischen Beziehungen in negativer Weise prägen. Das Deutsche darf nicht länger in ideologischer Form als »elitäre Sprache« qualifiziert werden. Über die Beibehaltung der zwei Sprachen erlernenden Klassen hinweg überlebt der Deutschunterricht nur, wenn man allgemeiner über die Mehrsprachigkeit in der Schule nachdenkt. Es wäre illusorisch und unangemessen, die Dominanz der englischen Sprache in Frage zu stellen, die nun von fast allen Schülern erlernt wird. Der Erfolg der Klassen mit zwei Fremdsprachen zeigt, dass man einen frühzeitigen Unterricht weiterer lebendiger Sprachen neben Englisch als Verkehrssprache fördern muss. Es kann nicht ignoriert werden, dass mit über 100 Millionen Muttersprachlern, zu denen noch diejenigen hinzukommen, die Deutsch in mehreren mittel- und osteuropäischen Staaten von Russland bis Mittelasien (wo deutsche Minderheiten seit Jahrhunderten angesiedelt sind) sprechen, Deutsch die am meisten gesprochene Sprache Europas ist. Der Schwerpunkt muss auf den Deutschunterricht in der Grundschule gelegt werden, was den Einsatz ausgebildeter Deutschlehrer notwendig macht.

Förderung zweisprachiger Studiengänge nach dem Abitur

Sollte es mit den zwei Sprachen erlernenden Klassen wirklich vorbei sein, wäre dies katastrophal für die Deutsch-Französische Hochschule (DFH), die seit 1999 die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern im Hochschulwesen und in der Forschung fördert. Als Universität »ohne Mauern« besteht sie aus ca. 180 Hochschulen in Frankreich, Deutschland und anderen Ländern. Sie bietet 162 Studiengänge an, verzeichnet 6.000 Studierende und verleiht pro Jahr mehr als 1.000 deutsch-französische Doppeldiplome. VWL, BWL, Geistes- und Sozialwissenschaften sowie Rechtswissenschaften haben die meisten Studierenden. Ingenieurwissenschaften und vor allem Naturwissenschaften (nur 190 Studierende) sind die Sorgenkinder. Dies ist sehr schade, wenn man weiß, wie sehr Deutschland, das unter einem Bevölkerungsrückgang leidet, versucht, junge Ingenieure und Wissenschaftler anzulocken, zu denen auch viele Franzosen gehören, die ohne Grundkenntnisse der Sprache oder der Kultur nach Deutschland kommen. Solche Kenntnisse würden eine leichtere Integration in die deutsche Arbeitswelt ermöglichen. Somit muss unbedingt der Austausch in den naturwissenschaftlichen Disziplinen der DFH gestärkt werden. Es müssen weitere Kontakte geschaffen werden, die leider heute zwischen den französischen Instituts universitaires de technologie und den deutschen Berufsschulen noch lange nicht ausreichend sind.

Einführung einer steuerlichen Harmonisierung zwischen Frankreich und Deutschland

Über die Fragen der Schul- und Berufsausbildung hinaus wird ein weiteres wichtiges Thema der deutsch-französischen Beziehungen in den kommenden Jahren die Harmonisierung der Steuern und Sozialabgaben sein. Ein erster Bericht zu diesem Thema wurde vom französischen Rechnungshof 2011 veröffentlicht. Anschließend stellten der französische und der deutsche Wirtschafts- und Finanzminister anlässlich des deutsch-französischen Ministerrats am 6. Februar 2012 einen Bericht vor, der Vorschläge zur Harmonisierung der Bemessungsgrundlagen und der Steuersätze für Unternehmen in Deutschland und Frankreich enthielt. Fünf Konvergenzthemen wurden herausgestellt: die Konzernregelung, die steuerliche Behandlung von Dividenden und Belastungen, insbesondere Zinsen, die Regelung des Vortrags steuerlicher Verluste, die Abschreibungsregeln und die Regelung für Personengesellschaften.

Diese Baustelle wird noch lange bestehen. Nur ein vereinheitlichtes deutsch-französisches Steuerwesen kann diesen Prozess einleiten und die anderen EU-Länder einbeziehen durch die Harmonisierung von Regeln, deren Vielfalt eine Bremse für die wirtschaftliche Entwicklung darstellt. Es wird wahrscheinlich am einfachsten sein, zunächst einmal bei der Unternehmensbesteuerung anzusetzen, besonders bei der Körperschaftsteuer in beiden Ländern. Eine Uniformisierung der Steuersätze und eine Annäherung der Bemessungsgrundlagen scheinen nicht unmöglich zu sein, da die Unterschiede nicht unüberwindbar sind. Natürlich ist der Steuersatz für deutsche Unternehmen geringer als der französische Steuersatz, der jedoch auf einer Bemessungsgrundlage basiert, die es manchen Unternehmen erlaubt, einer massiven Besteuerung zu entkommen.

Ein ständiger deutscher Sitz im UN-Sicherheitsrat

Die deutsch-französischen Beziehungen haben sich in den vergangenen Jahren in zunehmendem Maß durch ein abgestimmtes Vorgehen in diversen Konflikten weltweit bemerkbar gemacht. Im Vordergrund standen dabei Konflikte in Europa oder der europäischen Nachbarschaft. Deutschland gab nach und nach seine Zurückhaltung auf, die seine Außenpolitik seit dem Zweiten Weltkrieg gekennzeichnet hatte, und artikulierte klarer seine Positionen auf der internationalen Bühne. Die Ukraine-Krise gab Deutschland schließlich die Möglichkeit, eine entscheidende Rolle bei der Suche nach Lösungen in einem Konflikt zu spielen, dessen historische Reminiszenzen für Deutschland wie auch für Russland beträchtlich sind.

Das wirtschaftliche und politische Gewicht Deutschlands in Europa und der Welt rechtfertigt es voll und ganz, dass Deutschland jetzt als ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats den Platz einnimmt, der ihm auch zukommt. Der Sicherheitsrat müsste sich gleichzeitig für Länder wie Japan, Brasilien, Indien sowie für große arabische und afrikanische Länder öffnen. Durch diese Maßnahme erhielte Deutschland einen angemessenen Stellenwert. Sie hätte aber auch zweifellos einen positiven Einfluss auf die Interventionsbereitschaft und -fähigkeit Deutschlands in einer Zeit, die geprägt ist von immer mehr Instabilität auf der ganzen Welt. Es wäre völlig normal, wenn Frankreich, das eines der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats ist, sich hierfür einsetzte. In seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag unterstrich Präsident Chirac im Jahr 2000, dass er den deutschen Wunsch nach einem ständigen Sitz unterstütze, um dem Stellenwert Deutschlands gerecht zu werden.

Sicherstellung der politischen Steuerung der deutsch-französischen Zusammenarbeit

Die verschiedenen Maßnahmen, die zur Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen genannt werden, sind unterschiedlich wertvoll. Sie sind stark symbolisch oder sehr fachspezifisch, gehen aus einfachen bilateralen Beschlüssen hervor oder beziehen auch andere Länder mit ein. Sie können nur dann umgesetzt werden, wenn sie in beiden Ländern durch einen Minister, einen Staatssekretär oder zumindest von einem Regierungsbeauftragten getragen werden. Dieser hätte die Aufgabe, die deutsch-französische Zusammenarbeit im politischen Alltag mit Leben zu füllen und im Regierungsapparat ihres jeweiligen Landes dafür zu sorgen, dass der Anspruch der regelmäßigen deutsch-französischen Abstimmung auch umgesetzt wird.

Diese Idee ist nicht neu. Sie wurde jedoch niemals wirklich umgesetzt. Sie wurde skizziert durch die Ernennung von Beratern aus dem jeweils anderen Land, die dem Staatspräsidenten, dem Kanzler, dem Premierminister oder den jeweiligen Außenministern zur Seite stehen. Als Frauen oder Männer im Hintergrund sind sie häufig sehr nützlich, wenn es darum geht, Meinungsverschiedenheiten zu überwinden und einen Konsens zu suchen. Die Beziehungen zwischen den beiden Ländern sind heute jedoch so viel schlechter geworden, dass die Zusammenarbeit zwischen Paris und Berlin unbedingt zu einer Priorität beider Regierungen erklärt werden muss. Die verschiedenen Regierungen der Fünften Republik hatten immer Minister, die mit der Zusammenarbeit mit den ehemaligen Kolonien beauftragt waren, ohne dass dies jemals jemanden gestört hätte. Warum sollte man nicht durch die Schaffung eines Ministeramts die Bedeutung der deutsch-französischen Zusammenarbeit für die

jeweilige Innenpolitik, aber auch und vor allem für die europäische Integration betonen? Ein solches Ministerium hätte gewiss vermeiden können, dass die Regierung von Manuel Valls mit der auf den ersten Blick banalen Reform des Collège einen Fehler begeht, der sehr schädlich für die diplomatischen Beziehungen mit dem wichtigsten Partner des Landes war.



Schlussfolgerung

Wenn heute auch unbestritten ist, dass Frankreich und Deutschland Freunde sind, so darf doch nicht vergessen werden, dass diese Freundschaft nicht immer selbstverständlich war. Auch heute noch kann die Kooperationsmechanik zwischen den beiden Ländern immer noch ins Stottern geraten: Man betont durch Vorurteile und Stereotypen die hegemonialen Bestrebungen des Einen und kritisiert mit einer überzogenen Gallophobie die Laxheit des anderen. Frankreich weicht den deutschen, dem föderalistischen System entsprechenden Vorschlägen aus und betrachtet zugleich sorgenvoll und herablassend ein Deutschland mit egoistischen Tendenzen, das wiederum den französischen Zweifel nutzt, um sein eigenes Abwarten zu rechtfertigen.

Die Annäherung zwischen den beiden Ländern ist jedoch ein wichtiger Faktor der zeitgenössischen Geschichte, sowohl für sie selbst als auch für Europa, und die 50 letzten Jahre zeigten, dass Deutschland und Frankreich nicht die Anführer, sondern ein vereinfachendes Element und der Motor der europäischen Projekte sein wollen. Die Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen seit Beginn der 1960er Jahre kann als ein Aufeinanderfolgen von Krisen gesehen werden, die jedes Mal überwunden wurden, um anschließend ein höheres Kooperationsniveau zu erreichen. Der Zwang zum Konsens war immer stärker als die den deutsch-französischen Beziehungen innewohnenden Schwächen. Frankreich und Deutschland sind in gewisser Weise die Triebfeder für weitergehende europäische Entwicklungen. Sie sind dazu in der Lage, einen nachhaltigen Handlungsrahmen zu schaffen. Die Solidität der deutsch-französischen Beziehungen ist ein Verankerungspunkt für die Fortführung der europäischen Integration.

Die deutsch-französischen Beziehungen sehen sich einem eher intellektuellen Problem (hinsichtlich der jeweiligen Wahrnehmungen und Interpretationsmuster) als einem wirklichen (geo)politischen Problem ausgesetzt. Vor kaum zehn Jahren sahen die Presse und

die Intellektuellen in Frankreich Deutschland als ein überholtes Modell und als den kranken Mann von Europa. Heute wird die angeblich von der »Berliner Republik« ausgeübte Hegemonie in einer Vielzahl an mit Mutmaßungen über ein bevorstehendes Ende des deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells begleitet. Diese Art von intimmem und konfliktgeladenem Dialog, der zwischen Faszination und Zurückweisung schwankt, stand lange im Zentrum der bilateralen Beziehungen und führte zu zahlreichen Konflikten.

Geht es nicht schließlich darum, vertrauensvoll gemeinsam nach vorne zu blicken, ohne große Vorankündigungen, aber auf der Grundlage wahrer Fortschritte und Veränderungen? In 30 bis 40 Jahren wird Deutschland, wenn die demografische Entwicklung nicht durch Einwanderung ausgeglichen sein wird, 10 bis 20 Millionen Einwohner verloren haben. Die Kritiker Deutschlands werden sich vielleicht freuen, selbst wenn bis dann die Gesellschaft, die Unternehmen und die Bundesländer mit Sicherheit diesen Schock verarbeitet haben werden. Aber wäre es nicht im Interesse dieses so eng miteinander verbundenen »deutsch-französischen Paares«, dies vorwegzunehmen und eine gemeinsame Zukunftsstrategie zu finden? Es ist Zeit, dass die beiden Länder im Dienste Europas eine kohärente Vision hinsichtlich ihrer gemeinsamen Zukunft entwickeln.



Über die Autoren

Philippe Gustin ist Präfekt und Diplomat. Zu Beginn seiner beruflichen Laufbahn arbeitete er als Lehrer in Deutschland. Anschließend war er als Kursleiter am Institut Français in Budapest tätig. 1991 promovierte Gustin in Sozialgeschichte. Nachdem er ein Jahr als Kulturattaché an der französischen Botschaft in Wien gearbeitet hatte, absolvierte er die Eingangsprüfung der École nationale d'administration (ENA). Nach Abschluss des Studiums an der ENA (2001) entschied er sich für einen Dienst in der Präfekturverwaltung und besetzte verschiedene Posten im ländlichen und großstädtischen Raum sowie in den französischen Überseegebieten. Im Jahr 2007 trat er in das Kabinett von Christine Lagarde ein, die damals Landwirtschaftsministerin war. 2008 wurde er zum stellvertretenden Kabinettschef von Luc Chatel ernannt, dem damaligen Staatsminister für Industrie. Im Mai 2009 folgte die Ernennung zum Präfekten; Gustin wurde außerdem Kabinettschef von Luc Chatel, der mittlerweile Erziehungsminister war. Von 2012 bis 2014 war Gustin Botschafter Frankreichs in Rumänien. Von Juni bis Dezember 2014 hatte er außerdem die Leitung der Parteiverwaltung der UMP inne. Seit April 2015 ist er Kabinettschef und Verwaltungschef des Präsidenten im Département l'Eure.

Stephan Martens ist Professor für Deutschlandstudien an der Universität Cergy Pontoise. Martens ist Absolvent des Institut d'Études Politiques (IEP) in Lyon und des IEP Strasbourg und machte 1996 einen Doktor in Germanistik. Er arbeitete als Forschungsbeauftragter am Observatoire européen de géopolitique in Lyon sowie als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Bordeaux Montaigne. Seit 2005 ist er Professor für zeitgenössische Deutschlandstudien. Von 2011 bis 2014 war er Rektor und Kanzler der Universitäten der Akademie von Guadeloupe.

Martens ist Mitglied des Komitees für deutsch-französische Studien (Cerfa) und des Französischen Instituts für Internationale Beziehungen (IFRI) in Paris, sowie Ehrenpräsident der deutsch-französischen Akademie für internationale Beziehungen an der Universität Bordeaux. Er ist Autor zahlreicher Studien und veröffentlichte zuletzt: *L'unification allemande et ses conséquences sur l'Europe* (Presses Universitaires du Septentrion, 2011), *L'Allemagne, vingt ans après la fin de la Guerre froide et son unification* (Presses Universitaires de Bordeaux, 2010), *France-Allemagne. Une entente unique pour l'Europe* (L'Harmattan, 2004). Er ist gemeinsam mit Martin Koopmann Herausgeber von: *L'Europe prochaine. Réflexions franco-allemandes sur l'avenir de l'Union européenne* (L'Harmattan, 2008). Letzteres erschien auch auf Deutsch: *Das kommende Europa. Deutsche und französische Betrachtungen zur Zukunft der Europäischen Union*, Nomos, 2008).

Impressum

Über die Genshager Papiere

Die Genshagener Papiere sind eine Publikationsreihe des Bereichs »Europäischer Dialog – Europa politisch denken« der Stiftung Genshagen. Sie widmen sich europapolitischen Themen im Allgemeinen sowie der bi- und trilateralen Kooperation zwischen Deutschland, Frankreich und Polen.

Ziel dieser Reihe ist es, die Ergebnisse der Stiftungsarbeit einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Durch das flexible Publikationsformat umfasst die Reihe ebenso policy-orientierte wie stärker essayistisch und wissenschaftlich ausgerichtete Texte. Autoren sind sowohl etablierte als auch jüngere Wissenschaftler, europapolitische Experten und Journalisten. Die Genshagener Papiere erscheinen mehrmals pro Jahr, sind online zugänglich und liegen teilweise auch in gedruckter Form vor.

Herausgeber

Stiftung Genshagen
Im Schloss
D-14974 Genshagen

Telefon: +49(0)3378-805931

Telefax: +49(0)3378-870013

www.stiftung-genshagen.de

institut@stiftung-genshagen.de

Lektorat

Dr. Martin Koopmann

Layout

M.O.R. Design

Diese Veröffentlichung gibt ausschließlich die persönliche Meinung der Autoren wieder.

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Genshagen ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Stiftung Genshagen, 2016



Die vorliegende Publikation erscheint mit freundlicher Unterstützung von:



Auswärtiges Amt



Die **Genshagener Papiere** sind eine Publikationsreihe des Bereichs »Europäischer Dialog – Europa politisch denken« der Stiftung Genshagen. Sie widmen sich europapolitischen Themen im Allgemeinen sowie der bi- und trilateralen Kooperation zwischen Deutschland, Frankreich und Polen.

Ziel dieser Reihe ist es, die Ergebnisse der Stiftungsarbeit einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Durch das flexible Publikationsformat umfasst die Reihe ebenso policy-orientierte wie stärker essayistisch und wissenschaftlich ausgerichtete Texte. Autoren sind sowohl etablierte als auch jüngere Wissenschaftler, europapolitische Experten und Journalisten. Die Genshagener Papiere erscheinen mehrmals pro Jahr, sind online zugänglich und liegen teilweise auch in gedruckter Form vor.